



Eingang  
11.03.2004  
we

**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bettina Hagedorn, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den  
Vorsitzenden des Sozialausschuss des  
schleswig-holsteinischen Landtages

Herrn

Andreas Beran, MdL

Düsternbrooker Weg 70

Schleswig-Holsteinischer Landtag

24105 Kiel

Umdruck 1 5 / 4 3 2 9

**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**

**Paul-Löbe Haus**  
**Raum 5.640**

☎ (030) 227 - 73 832

☎ (030) 227 - 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

Berlin, 11.03.04

BL

Sehr geehrter Herr Beran, *lieber Andreas,*

vielen Dank für das Schreiben des Sozialausschusses vom 26. Februar 2004, welches ich im Auftrag von Ole Schmidt erhalten habe. In dem Schreiben haben Sie mir die Resolution des Sozialausschusses zur Situation und der Zukunft des Jugendaufbauwerks in Schleswig-Holstein zur Kenntnis gegeben. Ich antworte Ihnen nachfolgend auch im Namen meiner schleswig-holsteinischen Kolleginnen und Kollegen Dr. Hans-Peter Bartels, Dr. Michael Bürsch, Gabriele Hiller-Ohm, Ulrike Mehl, Dr. Ernst-Dieter Rossmann, Thomas Sauer, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Dr. Wolfgang Wodarg und Franz Thönnies.

Ich stehe seit Dezember 2003 erneut in schriftlichem Kontakt mit Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement und dem BA-Vorstand Frank-Jürgen Weise. Aus den Antwortschreiben geht hervor, dass 2002 bundesweit 712 Mio. Euro für die berufsvorbereitenden Maßnahmen zur Verfügung standen, 2003 waren es nach der erfolgreichen Intervention der SPD-Fraktion 828 Mio. Euro. Für 2004 sind 848 Mio. Euro für die berufsvorbereitenden Maßnahmen veranschlagt. Die Mittel für 2004 haben sich damit sogar noch um 20 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2003 erhöht, gegenüber dem Jahr 2002 sogar um 136 Mio. Euro. Ich verkenne aber auch nicht, dass aus diesem erhöhten Etat nach Ende des Jugendsofortprogrammes jetzt auch derartige Maßnahmen, wie das Nachholen des Hauptschulabschlusses finanziert werden.

**Wahlkreis, Lübecker Straße 6, 23701 Eutin**

..2

☎ (04521) 7 16 11 ☎ (04521) 7 83 86 ✉ [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de)

Ich habe 2003 sehr dafür gekämpft, dass die berufsvorbereitenden Maßnahmen auf Vorjahresniveau fortgesetzt werden können und nicht, wie erst befürchtet, um 40-50% gekürzt werden sollten. Es gelang – insbesondere mit tatkräftiger Unterstützung von Wolfgang Clement – insgesamt 335 Mio. Euro als überplanmäßige Ausgaben zu mobilisieren, um die Maßnahmen auf einem gleich starken Niveau zu halten.

Mit den Problemen, die Sie in Ihrer Resolution ansprechen, habe ich mich in den vergangenen zwei Monaten ebenfalls intensiv auseinandergesetzt. Nach dem Gerichtsurteil des OLG Düsseldorf vom 23.12.2003 dürfen öffentliche Träger, die aus staatlichen Mitteln gefördert werden nun nicht mehr im Wettbewerb mit gewerblichen Anbietern stehen. Für die anstehenden Ausschreibungen der BA zu den berufsvorbereitenden Maßnahmen drohten die öffentlichen Träger deshalb ausgeschlossen zu werden. In Schleswig-Holstein trüfe ein solcher Ausschluss insbesondere die Jugendaufbauwerke, die bisher ca. 3500 berufsvorbereitende Maßnahmen pro Jahr durchgeführt haben, ca. 450 Mitarbeiter landesweit beschäftigen und die durch diese bewährte Infrastruktur und personelle Kompetenz überzeugen. Diese Punkte sprechen Sie in Ihrer Resolution ebenfalls an.

Nach den über zwei Monate andauernden Gesprächen mit Vertretern der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement steht nun fest, dass die Ausschreibungspraxis für öffentliche Träger wie z.B. die Jugendaufbauwerke überarbeitet wird. Dabei ist die wichtigste Änderung: Bei den nächsten Ausschreibungen der BA, die in der letzten Märzwoche 2004 beginnen, wird es zwei getrennte Ausschreibungskreise für die berufsvorbereitenden Maßnahmen geben – einen für gemeinnützige und einen für gewerbliche Träger. Die Jugendaufbauwerke und andere gemeinnützige Träger in Ostholstein und Nordstormarn haben damit jetzt wieder eine faire Chance, an den Ausschreibungen teilzunehmen. Das ist ein Erfolg, der sich sehen läßt.

Daneben gibt es weitere wichtige Änderungen, die den regionalen Trägern zu Gute kommen. Bei der nächsten Ausschreibung wird es im Verhältnis zu den beiden bereits erfolgten bundesweiten Ausschreibungen ca. 60% mehr Lose geben. Statt bisher 381 Lose wird es nun ca. 600 Lose geben. Das bedeutet, dass durch die kleineren Losgrößen Maßnahmen vergeben werden, die regional zugeschnitten und

damit, ähnlich wie die Arbeitsamtbezirke sind. Dabei ist bezüglich der Leistungsbeschreibung und der Losbildung sichergestellt, dass es eine frühzeitige Information und Beteiligung der örtlichen und Landesarbeitsämter gibt.

Die neue Ausschreibungspraxis der BA sieht vor, dass 75 Prozent der Maßnahmeplätze über die jetzt zweigeteilten Ausschreibungsverfahren zentral vergeben werden. Die restlichen 25 Prozent werden von den regionalen Arbeitsämtern frei vergeben, wobei gerade kleine regionale Träger mit Sicherheit vorrangig Berücksichtigung finden werden.

Auf die Vorlage aussagekräftiger Konzepte der an der Ausschreibung teilnehmenden Träger wird ein wesentlich größeres Gewicht als bei den beiden bereits erfolgten bundesweiten Ausschreibungen gelegt. Bei der Entscheidung über den Zuschlag werden Qualitätskriterien künftig stärker berücksichtigt. Dabei sind die Maßnahmeplätze aber auch abhängig vom Ausschreibungsergebnis. Grundlage der Kalkulation für die Maßnahmeplätze sind nämlich die durchschnittlichen Kosten für einen Maßnahmeplatz. Damit liegt die Kalkulation pro Platz deutlich unter dem Durchschnitt der Maßnahmeplätze, die von den Jugendaufbauwerken angeboten werden. Werden Maßnahmeplätze an überdurchschnittlich teure Träger vergeben, verringern sich die insgesamt zur Verfügung stehenden Maßnahmeplätze dadurch automatisch. Richtig ist zwar, dass es bei der neuen Ausschreibungspraxis nicht nur um den Preis eines Maßnahmeplatzes geht, sondern auch um die Qualität. Allerdings wird die wirtschaftliche Komponente an Aussagekraft gewinnen. Für die Trägerlandschaft, insbesondere auch die Jugendaufbauwerke bedeutet das, dass die Effizienz und Leistungsfähigkeit bei gleichbleibender Qualität der Angebote immer wichtiger wird und konzentriert werden muss. Das ist eine Herausforderung für alle Träger, aber auch eine faire Chance und ein konstruktiver und von uns gewollter Prozess.

Mit freundlichen Grüßen

herzlichst Bettina Hagedorn